



Gesellschaft unter Generalverdacht

Viele Gemeinden erwägen zurzeit den Einsatz von Überwachungskameras, um die Sicherheit im öffentlichen Raum zu erhöhen. Die SBB haben positive Erfahrungen gemacht, auch bisherige Fahndungserfolge sprechen für die Kameras. Dennoch bleibt die Videoüberwachung heiss umstritten, weil sie die persönliche Freiheit tangiert und die Gesellschaft unter Generalverdacht stellt. Von Marcel Müller

Das Projekt «Augen-Blicke» des Künstlers Markus Huber im Einkaufszentrum Sihcity in Zürich thematisierte die Überwachung im öffentlichen Raum.

Bild: Marcel Müller

Der Fall erregte Aufsehen: Im Juni 2009 werden ein 19- und ein 20-jähriger von zwei Unbekannten überfallen und mit Schlägen und Tritten traktiert. Ein dritter Angreifer kommt hinzu und tritt auf eines der Opfer ein, das bereits am Boden liegt. Eine Videokamera filmt die brutale Aktion. Die Kantonspolizei Thurgau veröffentlicht die Aufnahmen – nur wenige Tage später sind die Täter identifiziert und verhaftet.

Gute Erfahrungen mit Überwachungskameras haben nicht nur die Strafverfolger gemacht – auch bei der Prävention von Delikten gibt es Erfolgsmeldungen. So zieht die SBB ein positives Fazit, was den Vandalismus in ihren Zügen angeht. «In überwachten Kompositionen gibt es markant weniger Sachbeschädigungen», erklärt SBB-Mediensprecher Daniele Pallecchi. Auch wenn es schwierig sei, genaue Zahlen zur Wirksamkeit der Überwachung zu liefern, sei der prä-

ventive Effekt enorm. Deshalb rüstet die Bahn weitere Wagen mit Kameras aus. So werden gemäss Pallecchi bis Ende 2010 sämtliche S-Bahn-Züge im Raum Zürich videoüberwacht und mit einem Notruf-Taster ausgestattet sein.

Diese Erfolge sind sicherlich mit ein Grund dafür, dass die Akzeptanz gegenüber Überwachungskameras zugenommen hat. Wie viele dieser Geräte in der Schweiz bereits im Einsatz sind, lässt sich nicht genau beziffern. Gemäss Angaben



Kaum kontrolliert: Private Überwachungskameras

Wenn die öffentliche Hand oder öffentlich-rechtliche Unternehmen wie die SBB Überwachungskameras aufstellen, wird ihnen genau auf die Finger geschaut. Bei Privaten sieht das anders aus: Wie viele Kameras den öffentlichen Raum filmen und was Firmen und Privatpersonen mit den Aufnahmen machen, wird kaum kontrolliert. Selbst systematische Aufnahmeaktionen wie diejenigen der Firma Google für das Projekt «Street View» stossen auf relativ wenig Widerstand – obwohl sie datenschutzrechtlich hoch problematisch sind.

seite). Die Probleme, die mit Hilfe der Technik aus der Welt geschafft werden sollen, sind in der Regel sehr konkret. Dazu gehören etwa Schlägereien und Überfälle, Drogendelikte, Diebstähle, Vandalenakte oder Littering. Ganz generell sollen die Kameras dazu beitragen, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen.

Kein Allheilmittel

Wird der Videoüberwachung damit nicht zu viel zugetraut? Und kann die Technik all diese Probleme wirklich lösen? «Die Tendenz, den öffentlichen Raum mit Kameras zu überwachen, hat grundsätzlich etwas mit Resignation zu tun», sagt Ivica Petrušić, Geschäftsführer der Kinder- und Jugendförderung des Kantons Zürich. Ob eine Überwachung sinnvoll sei, müsse von Fall zu Fall entschieden werden. «Videoüberwachung ist sicher kein Allheilmittel.» Sehr oft, meint Petrušić, liesse sich die Lage mit einfacheren Mitteln entschärfen – etwa durch die Installation einer besseren Beleuchtung um den Bahnhof oder durch das Bekanntmachen von Benutzungsregeln für öffentliche Anlagen. «Es muss darum gehen, das Verständnis zu fördern und Verantwortung zu übernehmen», sagt Petrušić.

Auch die Hersteller von Überwachungskameras bestreiten nicht, dass

ihre Systeme nicht immer und überall die richtige Lösung sind. Gezielt eingesetzt hätten die Kameras jedoch durchaus ihre Berechtigung, sagt Thomas Adler von der Firma Securiton. «In schwach frequentierten Bahnhofsunterführungen oder im öffentlichen Verkehr erhöht Videoüberwachung das subjektive Gefühl von Sicherheit. Zudem können Aufzeichnungen nach schweren Straftaten dazu dienen, den Tathergang zu rekonstruieren. Im besten Fall führen sie gar zur Ermittlung der Täter, wie das am Bahnhof Kreuzlingen der Fall war.» Damit eine Kamera etwas bringe, müsse vorgängig aber klar festgelegt werden, welchen Zweck sie erfüllen soll: «Ohne definiertes Schutzziel macht eine Überwachung keinen Sinn», sagt Adler.

Dass der Einsatz von Überwachungssystemen wohlüberlegt sein muss, hat seinen Grund: Wenn auf den Aufnahmen Personen identifizierbar sind, stellt die Bildaufzeichnung einen Eingriff in die von der Verfassung geschützten Grundrechte auf Privatsphäre und auf informationelle Selbstbestimmung dar. Damit verletzt die Videoüberwachung die persönliche Freiheit – immerhin einen Grundwert einer liberalen Gesellschaft. Die technische Entwicklung könnte diese Problematik noch verschärfen – etwa wenn Gesichter und Bewegungen der gefilmten Personen automatisch identifiziert und mit Informationen aus anderen Datenbanken verknüpft würden.

Knackpunkt Datenschutz

Damit diese Schreckensvision des gläsernen Bürgers nicht Wirklichkeit wird, ist unter anderem entscheidend, den Missbrauch von Aufnahmen zu verhindern. Die aufgezeichneten Videos dürfen nicht zweckentfremdet werden und sollen möglichst rasch wieder gelöscht werden – innert 24 Stunden, fordern Datenschützer. Zudem muss klar definiert sein, wer

des Verbandes der Errichter von Sicherheitsanlagen (SES) werden jedoch jährlich deutlich über 10 000 neue Kameras in Betrieb genommen; eine beachtliche Zahl – selbst wenn nicht alle dieser Geräte zu Überwachungszwecken verwendet werden.

Immer öfter setzt auch die öffentliche Hand auf Überwachungstechnik. In der ganzen Schweiz erwägen Gemeinden den Einsatz solcher Systeme: Die Städte Wil und Altstätten im Kanton St. Gallen sind nur zwei von vielen, welche zurzeit daran sind, die nötigen rechtlichen Grundlagen zu schaffen (vgl. «Pro und Kontra» auf der folgenden Doppel-

Bundesgericht erlaubt Videoüberwachung in Echtzeit

Mit drei gegen zwei Stimmen hat das Bundesgericht im Oktober 2010 entschieden, dass Gemeinden im Kanton Bern in Absprache mit der Kantonspolizei an gefährlichen Orten Geräte aufstellen dürfen, die nicht nur zur Aufzeichnung, sondern auch zur Echtzeit-Übertragung von Bildern dienen. Dafür genügt laut dem höchsten Gericht eine kantonale Regelung auf Verordnungsebene. Grüne und Sozialdemokraten hatten dies angezweifelt und Beschwerde eingelegt. Durch den Gerichtsentscheid brauchen die Berner Gemeinden keine gesonderte gesetzliche Grundlage, um öffentliche Räume in Echtzeit zu überwachen.

das Recht hat, die aufgezeichneten Videos anzusehen. Unbefugte dürfen sich keinen Zugang zu den Aufzeichnungen verschaffen können. Diese Datenschutz-Auflagen einzuhalten, ist zweifellos einer der Knackpunkte bei der Realisierung von Videoüberwachungsanlagen. Denn zum einen ist das mit beträchtlichem Aufwand verbunden, zum anderen führt die Datenschutz-Problematik auch zur heiklen Frage, wer denn die Überwacher überwachen soll.

Gemäss Thomas Adler wird die Technik dieses Problem künftig vermehrt entschärfen können. «Die digitale Videotechnik, verbunden mit einer intelligenten Bildanalyse wird es ermöglichen, Bildmaterial so zu verschlüsseln, dass Personen nicht identifiziert werden können.» Schliesslich müssten die Akteure nicht erkennbar sein, um eine polizeiliche Intervention auszulösen, so Adler. Würden schwere Straftaten gefilmt, wäre es jedoch möglich, die Daten zu entschlüsseln – etwa auf richterliche Anordnung hin. «Solche Lösungen wird man in Zukunft immer mehr antreffen», sagt Adler.

Datenschützer empfehlen, Videoüberwachung erst dann in Betracht zu

ziehen, wenn keine milderen Massnahmen zur Verfügung stehen und ihr Einsatz als verhältnismässig gelten kann: Werden mit einer Kamera Glassammelstellen oder Jagdhochsitze kontrolliert, ist das sicher nicht der Fall. Bei typischen Problemen im öffentlichen Raum – Littering oder Vandalismus – ist die Verhältnismässigkeit oft eine Ermessensfrage. «Aus Sicht der Prävention müsste man diesen Problemen anders begegnen», sagt Petrušic. Man müsse Täter und Betroffene in den konkreten Fällen an einen Tisch bringen, um eine Lösung zu finden. «Wir können nicht alles an Polizei und Kameras delegieren.»

Bevölkerung ist für Kameras

Weniger Bedenken gegenüber dem Einsatz von Sicherheitstechnik scheinen vielerorts die Stimmbürger zu haben: In mehreren Gemeinden hiessen sie die Überwachung öffentlicher Räume gut. Das war in Luzern und Schaffhausen der Fall, ebenso in St. Gallen. Dort hat die Bürgerschaft Kredite über 2,83 Millionen Franken bewilligt. Mit diesem Geld wurden um das Fussballstadion sowie an vier neuralgischen Punkten in der Innenstadt

INFO

Auf zwei Studien aus England wird in der Diskussion immer wieder referiert. Sie sind als PDF verfügbar:

Brandon C. Welsh and David P. Farrington (2002): «Crime prevention effects of closed circuit television: a systematic review» <http://rds.homeoffice.gov.uk/rds/pdfs2/hors252.pdf>

Brandon C. Welsh and David P. Farrington (2002): «Effects of improved street lighting on crime: a systematic review» <http://rds.homeoffice.gov.uk/rds/pdfs2/hors251.pdf>

Videokameras und Notrufsäulen installiert – in drei Unterführungen und auf dem Marktplatz. Heute filmen insgesamt 21 Kameras die Umgebung von St. Gallens Fussballarena, 23 den öffentlichen Raum in der Innenstadt.

Weitere Areale in der Stadt zu überwachen, sei derzeit nicht geplant, sagt Heinz Indermaur, Direktionssekretär Soziales und Sicherheit der Stadt St. Gallen. «Videoüberwachung muss sehr punktuell eingesetzt werden.» Kameras würden nur an Orten installiert, die als

PRO

Erwin Hauser ist SVP-Ortsparteipräsident der Stadt Wil. Seiner Ansicht nach sollte die Politik entschlossener handeln und vermehrt auf Videoüberwachung setzen.

Videoüberwachung scheint für verschiedene politische Parteien eine unzumutbare Massnahme zu sein. Sie setzen verschiedene Mittel ein, um eine solche Überwachung zu verhindern. Auch viele Gemeinden tun sich schwer damit, sich Klarheit darüber zu verschaffen, ob sie auf dieses Instrument setzen wollen oder nicht. Es ist offenbar leichter, das Problem einfach mal für einige Zeit lang in der Schublade zu versenken. Dabei wird oft vergessen, dass der Entscheid darüber, eine solche Massnahme einzuführen, eigentlich beim Bürger selbst liegen sollte.

Es ist unbestritten, dass vor allem ältere Personen sich nicht mehr getrauen, gewisse neuralgische Punkte aufzusuchen. Die Angst, es könnte etwas passieren,

ist weit grösser als manche Politiker es wahrhaben wollen, wie entsprechende Umfragen zeigen. Damit sind die Betroffenen gezwungen, einen Umweg in Kauf zu nehmen, oder sie verzichten ganz auf ihren abendlichen Spaziergang. Das sollte und darf nicht sein.

Ob eine Überwachung Sinn oder Unsinn ist, darüber zerbrechen sich Politiker und andere Gegner schon viel zu lange den Kopf, statt endlich zu handeln. Es darf nicht sein, dass eine Überwachung aus finanziellen Gründen abgelehnt wird. Kosten- und Nutzenverhältnisse in den Vordergrund zu stellen, ist meiner Ansicht nach absurd. Ebenso unsinnig ist es zu verlangen, dass polizeiliche Rapporte die Rechtfertigung für Videoüberwachung liefern. Sie macht dort Sinn,

wo sich Menschenmengen ansammeln, wo Vandalenakte bereits begangen worden sind und, nicht zu vergessen, bei Velounterständen, die schlecht beleuchtet sind. Dazu kommen Bahnhofsplätze und deren Unterführungen, die als Brutstätten für Raubüberfälle, Diebstähle und Drogenhandel bekannt sind. Deshalb ist es wichtig, diese Orte gezielt mit Überwachungskameras auszurüsten. Kameras sind jederzeit sinnvoll, um Verbrechen entgegen zu wirken. Sie dienen gleichzeitig der Abschreckung und der schnelleren Aufklärung von Straftaten. Es muss dem Bürger korrekterweise erklärt werden, dass die Kameras nicht dazu verwendet werden, um Schabernack zu treiben. Schliesslich sind die Datenschutzbestimmungen sehr streng.



Bild: zvg

unsicher gälten und nicht ohne weiteres umgangen werden könnten. Zudem, so Indermaur, müssten vor dem Einsatz von Videotechnik auch andere, etwa bauliche Massnahmen zur Verbesserung des Sicherheitsempfindens respektive zur Senkung der Kriminalitätsbelastung geprüft werden. Indermaur ist überzeugt, dass sich die Investitionen für die Stadt auszahlen: «Videoüberwachung kann als ein zusätzliches Element der städtischen Sicherheitskonzeption sehr wohl einen Beitrag zur Sicherheit leisten.»



Kriminalität verlagert sich

Wie gross dieser Beitrag ist, ist bis heute umstritten. Kritiker weisen darauf hin, dass Kameras Kriminalität nicht einfach zum Verschwinden bringen. Vielmehr verlagere sie sich in jene Räume, die nicht überwacht werden. Damit, so die Befürchtung, müsste das Überwachungsnetz stetig ausgedehnt werden. Dass es einen Verdrängungseffekt gebe, gesteht auch Indermaur ein. «Rational motivierte Kriminalität, etwa Drogenhandel, wird verdrängt.» Stünden emotionalen Motive hinter einem Vergehen, sei das jedoch

nicht der Fall. Deshalb seien in St. Gallen mit den Kameras auch zehn Notrufsäulen installiert worden, welche der Polizei im Notfall rasches Eingreifen erlaubten. Indermaur weist aber auch darauf hin, dass Videoüberwachung nicht nur negative Verdrängungs-, sondern auch positive Ausstrahlungseffekte habe: «Studien zeigen, dass die Kameras über den überwachten Raum hinaus das Sicherheitsempfinden verbessern können.»

Ob Videoüberwachungssysteme langfristig halten können, was sich ihre

Befürworter versprechen, kann heute noch niemand sagen: Unklar ist nicht nur, ob sie effektiv zu einer Verminderung der Kriminalität beitragen. Unklar ist auch, ob das subjektive Gefühl der Sicherheit, das sie schaffen, von Dauer ist. Ebensogut könnte dieses Gefühl in Unbehagen umschlagen, wenn mehr und mehr Kameras den öffentlichen Raum observieren. Denn eine Gesellschaft, die permanent überwacht werden muss, ist letztlich eine Gesellschaft unter Generalverdacht. ■

Wirft Fragen auf: Graffiti des britischen Künstlers Banksy vor einer Überwachungskamera in London.

Bild: artofthestate.co.uk

Marc Segmüller leitet die Juso-Sektion Rheintal. Er bezweifelt die Wirksamkeit der Videoüberwachung und hält sie für einen unzulässigen Eingriff in die Privatsphäre.

KONTRA



Bild: zvg

Die Videoüberwachung wird vielerorts als Alibiübung eingesetzt. Solche Anlagen signalisieren, dass etwas für unsere Sicherheit getan wird. Die Stadt- und Gemeinderäte können sich vorerst einmal zurücklehnen. Schade, denn wenn den Leuten die Sicherheit ein echtes Anliegen wäre, würden sie die Sache näher betrachten und merken, dass Videokameras dazu nichts beitragen. Fataler noch: Die Probleme verlagern sich, die Zivilcourage nimmt automatisch ab («Es hat ja Kameras») und den Bürgern wird ein falsches subjektives Sicherheitsgefühl suggeriert. Echte Sicherheit wird nur durch Polizei und im Notfall durch einen gut ausgebildeten Sicherheitsdienst gewährleistet. Leider kostet dies einiges mehr als Überwachung.

Zur Verlagerungsproblematik ist zu sagen, dass Kleinkriminelle genau wissen, wo Kameras sind. Solange sie in deren Radius sind, verhalten sie sich unauffällig. Was nützt eine Kamera, die das Alltagsleben aufnimmt? Gut – wenn ein Überfall von einer Überwachungskamera gefilmt wird, kann das Verbrechen schneller aufgeklärt werden. Aber wie viele Verbrechen geschehen abseits der Kameras, im toten Winkel? Eine Linse und ein bisschen Blech drumherum können nicht eingreifen, wenn eine Schlägerei entbrennt – auch wenn sie nur zwei, drei Meter vor der Blechbüchse stattfindet. Dazu kommt, dass weniger Leute eingreifen, weil das subjektive Gefühl der Sicherheit, das die Kamera vermittelt, sie gleichgültig werden lässt.

Wir wollen keine gläserne Bürger werden. Aber es sind doch nur Videoüberwachungskameras, mögen Befürworter einwenden. – Genau, es sind Kameras! Nehmen Sie einmal einen etwas neueren Fotoapparat zur Hand und sehen sich die Gesichtserkennungsfunktion an. Wer sagt uns, dass nicht auch die Videoüberwachung bald unsere Gesichter erkennt und zuordnet?

«Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten», lautet das Lieblings-Argument vieler Befürworter. Meine Frage lautet darauf meistens: «Was für Unterwäsche tragen Sie gerade?» Das bringt mir böse Blicke ein. Wie mich Ihre Unterwäsche nichts angeht, so geht es den Staat nichts an, wann und wo ich mich im öffentlichen Raum bewege.